

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Ernst Waltemathe MdB zum Umgang Chiles mit deutschen Diplomaten und deutschen Interessen: Was unternimmt Außenminister Genscher?

Seite 1

Dietmar Zierer MdL zur Observation der WAA-Gegner durch den bayerischen Verfassungsschutz: Eine „aufstrebende Detektei“ sucht Mitarbeiter.

Seite 3

Jörg Kuhbier zu den Verhandlungen mit der DDR in Sachen Elbesanierung: Umweltschutz auf Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben?

Seite 4

43. Jahrgang / 141

27. Juli 1988

Was unternimmt Außenminister Genscher?

Zum Umgang Chiles mit deutschen Diplomaten und deutschen Interessen

Von Ernst Waltemathe MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Chile der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung steht auch gegenüber deutschen Staatsbürgern in Chile im Wort. Der Skandal um die Colonia Dignidad muß für Außenminister Genscher Anlaß sein, politische und deutliche Worte gegenüber der Regierung in Chile zu finden.

Der chilenische Staat hat jetzt einen Kleinkrieg gegen die deutsche Botschaft und das Auswärtige Amt begonnen. Alle Register werden gezogen, Bonn wird von der Colonia Dignidad und nun auch vom chilenischen Staat zum Narren gehalten, wo immer es geht.

Beispiele dafür gibt es inzwischen genug:

- Die Berichte der Eheleute Packmor und Baar wurden dem chilenischen Außenministerium übergeben mit der Bitte, die darin vorgebrachten Anklagen über Freiheitsberaubung und Körperverletzung zu untersuchen. Im März 1988 hat der chilenische Botschafter Minister Genscher zugesichert, daß in Chile die notwendigen Ermittlungen aufgenommen würden. Im Mai hat das Gericht entschieden, daß es sich hierbei um deutsche Probleme handelt, die den chilenischen Staat nichts angehen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Permanenter Umwelt
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



- Nach dem Fluchtversuch des Jürgen Szurgelies Ende April versuchte die deutsche Botschaft per Gerichtsbeschluß eine Kontaktaufnahme mit Jürgen Szurgelies zu erreichen. Das Gericht in Chile lehnte den Antrag der Botschaft ab. Begründung: ein Verfahrensfehler.
- Die beiden Bonner Diplomaten Hans Ulrich Spohn, Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Santiago, und Horst Krieger, Konsul der Bundesrepublik Deutschland in Concepcion, sollen in Chile vor Gericht, weil sich die Eltern des Jürgen Szurgelies in ihrer Privatsphäre verletzt fühlen. Dies entschied der Oberste Gerichtshof in Santiago, der damit die Immunität von Ulrich Spohn und Horst Krieger aufhob, ein juristischer Akt, der nach dem Wiener Übereinkommen von 1964 eigentlich nicht möglich ist.

Wenn der Oberste Gerichtshof solche Urteile fällt, die er nach internationalem Recht gar nicht fällen kann, dann handelt es sich hier nicht um unabhängige juristische Urteile, sondern um politische aus dem Präsidentenpalast. Dem Gericht und damit dem Regime ist nicht an der Privatsphäre der Familie Szurgelies gelegen, auch nicht an dem Wohl oder Wehe der anderen 200 bis 300 Kolonienbewohner, sondern das Regime will nicht, daß es mit der Aufdeckung der Machenschaften des Herrn Paul Schaefer und der anderen Führungspersonen seine eigenen blutigen Hände vorzeigen muß.

Denn eines scheint sich zu bestätigen: Der Vorwurf einer engen Zusammenarbeit zwischen chilenischen geheimdienstlichen und sicherheitsdienstlichen Organen und der Leitung der Colonia Dignidad muß seit 1973 hervorragend funktioniert haben.

Ob die Colonia Dignidad ein Folterzentrum war, in welchem „Verschwundene“ gemartert wurden, ist noch Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen amnesty und der Privaten Sozialen Mission beziehungsweise der Colonia Dignidad. Fest steht, daß ein Geheimdienstagent selbst ausgesagt hat, dort tätig gewesen zu sein und daß dort auch Folterer ausgebildet wurden. Dieser Geheimdienstagent wurde wenige Tage nach Aufnahme eines brisanten Tonbandprotokolls im Oktober 1977 ermordet aufgefunden. Außenminister Garcia hat Bundesaußenminister Genscher zugesagt, daß man ernsthaft den Vorwürfen über Menschenrechtsverletzungen an deutschen Staatsbürgern nachgehen werde. Nunmehr wird alles auf die „unabhängige“ Justiz in Chile geschoben, und Genscher steht als der Dupierte da.

Der Bundesaußenminister wird sich überlegen müssen, ob er der Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, so mit sich umspringen lassen kann.

(-/27.7.1988/rs/ks)

Eine „aufstrebende Detektei“ sucht Mitarbeiter

Zur Observation der WAA-Gegner durch den bayerischen Verfassungsschutz

Von Dietmar Zierer MdL

Es war ja gar nicht anders zu erwarten: der WAA-Widerstand nahm wieder breiten Raum im bayerischen Verfassungsschutzbericht ein. Dabei weiß der bayerische Innenminister genau, daß er allein mit der undifferenzierten Abhandlung über diesen Widerstand, mit der bloßen Nennung des Namens „Wiederaufarbeitungsanlage“ in Zusammenhang mit Verfassungsfeinden zugleich auch Hunderttausende friedlicher und friedliebender WAA-Gegner erfolgreich diffamieren kann. Die Methode hat System - irgendetwas wird schon hängen bleiben!

Geradezu verblüffend ist der Ursprung der zahlreichen im Verfassungsschutzbericht festgehaltenen Informationen über die WAA-Gegner. Doch schon die Pauschalität der verfassungsschutzamtlichen Angriffe auf den WAA-Widerstand und ihre doch fragwürdige Qualität unterstreicht, daß das Verfassungsschutzamt erhebliche Informationsdefizite hat. Daß dem so ist, entnehme ich Zeitungsanzeigen, die im nordbayerischen Raum geschaltet worden sind, und einem Bericht in der „taz“. Darin offenbart sich ein reichlich gestörtes Verhältnis der regierungsamtlichen Verfassungsschützer zu Demokratie und Rechtsstaat. Gerade im Umfeld der WAA nimmt der CSU-Schnüffelstaat immer dubiosere Formen an!

„Aufstrebende Detektei sucht jg. Mitarbeiter/innen, gute Bezahlg., überwiegend nebenberuff., Kurzbewerbung. C NZ 34 963“

Diese Anzeige in der Wochenendausgabe der „Nürnberger Nachrichten“ vom 23./24. April 1988 war sicherlich nicht die einzige, die im nordbayerischen Raum geschaltet wurde. Doch auf diese Anzeige meldete sich ein arbeitsloser Soziologe, der dann auch - so die „taz“ - zu einem Gespräch eingeladen wurde. Dabei versprach der Kontaktmann, der sich als Vertreter des Landesamtes für Verfassungsschutz in München darstellte, 800 bis 1.000 Mark Grundgehalt plus Spesen und Urlaubsgeld sowie Sonderprämien für besonders interessante Informationen.

Der zukünftige V-Mann sollte sich als Spitzel „in die Szene einleben“ und dabei insbesondere auch versuchen, „WAA-Gegner in den Griff zu bekommen“. „Ich reise nur in links“, meinte der Werber der „aufstrebenden Detektei“ namens Landesamt für Verfassungsschutz, der ein Informationsdefizit gerade im nordbayerischen Raum beklagte und als potentielle Zielgruppen neben dem WAA-Widerstand auch Autonome, Dritte-Welt-Gruppen und Anti-NATO-Gruppen sowie „Antimperialistische Bewegungen“ nannte. Kein Wunder also, daß auch im Verfassungsschutzbericht der WAA-Widerstand mit nur allen erdenklichen Gruppen in einen Topf geworfen wird.

Von der Staatsregierung will ich nun detaillierte Auskunft über die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz in diesem Bereich und eine Stellungnahme der Staatsregierung zu diesen Vorwürfen. Insbesondere konfrontiere ich das Innenministerium erneut mit den wiederholten Feststellungen der Staatsregierung: „Die Bürgerinitiativen (gegen die WAA) unterliegen nicht der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörde.“ Was macht die „aufstrebende Detektei“ denn dann mit diesen Erkenntnissen, die zu gewinnen, sie weder Kosten noch Mühe noch die Lächerlichkeit scheut?

(-/27.7.1988/rs/ks)

Umweltschutz auf Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben?

Zu den Verhandlungen mit der DDR in Sachen Elbesanierung

Von Jörg Kuhbier
Umweltsenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Bundesumweltminister ist mit leeren Händen aus der DDR zurückgekehrt. Diese Reise reiht sich ein in die Kette der Enttäuschungen aus Bonn für die norddeutschen Küstenländer, und vor allem für die Nordsee.

Die Küstenländer erwarteten dringend konkrete Schritte zur Verbesserung der Wasserqualität von Elbe und Werra. Denn von allen Nährstoffen, die die Nordsee über die Elbe belasten, stammen weit über 90 Prozent aus den Überfliegerländern. Die Sanierung der sieben Haupteinleiter auf dem Gebiet der DDR mit einem Aufwand von etwa 6,5 Milliarden DM würde dazu führen, daß im Untereibe-raum das alljährliche Sauerstoffloch von bis zu 80 km Länge beseitigt wäre.

Der umfangreiche Katalog der Umweltminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer zur Rettung der Nordsee muß dringend durch entsprechende Sanierungsanstrengungen in der DDR und CSSR ergänzt werden.

Ich weise in diesem Zusammenhang beispielhaft für Hamburg auf folgendes hin. Die Elbe führt der Nordsee durchschnittlich circa 180.000 t Stickstoff zu. 1987 waren es wegen der hohen Niederschläge sogar 300.000 t. Durch große Anstrengungen der Hansestadt wird der Hamburger Anteil von 7.000 t auf circa 1.500 t gesenkt. Dies ist für Hamburg ein riesiger Beitrag zum Wohle der Nordsee, insgesamt aber ein Tropfen auf den heißen Stein.

Nach der Rückkehr des Bundesumweltministers scheint nun das Problem der Einträge aus der DDR auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Die Umweltbehörde Hamburg wird in Kürze gemeinsam mit dem Umweltministerium Schleswig-Holstein ein Konzept über die technischen Sanierungsnotwendigkeiten im Bereich der DDR und CSSR erarbeiten. Dies habe ich mit meinem Kollegen Heydemann vereinbart.

Die norddeutschen Kommunen werden ihren Beitrag zur Rettung der Nordsee leisten. Obwohl sie durch die unsägliche Steuerreform belastet und an die Grenze ihrer Existenzfähigkeit gebracht werden, erbringen sie im Klärwerksbereich erhebliche finanzielle Leistungen. Die Umweltpolitik des Bundes handelt sich derzeit von Pleite zu Pleite:

- Bei dem Programm zur Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen ist die ökologische Komponente kaum mehr erkennbar.
- Aus der EG-Präsidentschaft sind greifbare Ergebnisse für den Umweltschutz bei uns nicht zu verzeichnen: So ist selbst die EG-weite Einführung des 3-Wege-Katalysators für kleine Fahrzeuge im EG-Bereich gescheitert.
- Aus dem Gewässerschutz-Symposium des Umweltministers ist nichts herausgekommen.

Dies sind nur einige Beispiele.

Ich fordere die Bundesregierung auf, Elbe und Nordsee nicht auf dem Altar einer fiktiven Grund-satzentscheidung über die Elbegrenze zu opfern, wie unsachgemäß die Elbe-Diskussion hier auch immer von der DDR geführt wird.

Ich fordere nachdrücklich ein Finanzierungsprogramm für die Umstellung aller Klärwerke im Bun-desgebiet. Entsprechend dem Programm zur Reinhaltung des Bodensees muß ein „Notprogramm Nordsee“ entwickelt werden.

(-/27.7.1988/rs/ks)

* * *